

Dörfer können sich weiterentwickeln

Die Verbandsgemeinde Rheinauen hat als erste Fusionsgemeinde im Rhein-Pfalz-Kreis ihren Flächennutzungsplan genehmigt bekommen. Damit endet ein langes Verfahren, das bereits vor neun Jahren begonnen hat. Jetzt können die Ortsgemeinden neue Bau- und Gewerbegebiete entwickeln.

VON NADINE KLOSE

VG RHEINAUEN. Mehr als 60 Sitzungen von Ortsgemeinderäten, Ausschüssen und dem Verbandsgemeinderat, unzählige Abstimmungsgespräche mit den Ortsbürgermeistern und übergeordneten Behörden, zwei beteiligte Bürgermeister sowie über die Jahre vier mit dem Projekt betraute Verwaltungsmitarbeiter: Herausgekommen ist der inklusive aller Anlagen 644 Seiten umfassende neue Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Rheinauen. Dieser war nach der Gründung der Verbandsgemeinde, die im Juli 2014 aus der Verbandsgemeinde Waldsee und den eigenständigen Gemeinden Altrip und Neuhofen entstanden ist, notwendig geworden.

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist die Grundlage für die weitere Entwicklung in der Verbandsgemeinde. „Aus dem FNP können die Ortsgemeinden jetzt ihre Neubaugebiete und Gewerbegebiete entwickeln“, sagt Bürgermeister und Verwaltungschef Patrick Fassott (SPD). Er freut sich, dass er und die Verwaltung dieses Projekt, das unter seinem Vorgänger Otto Reiland (CDU) begonnen hat, zu Ende bringen konnten. Die Ortsgemeinden hätten jetzt Klarheit, wofür sie ihre Flächen verwenden dürfen.

Sie waren in dem langwierigen Abstimmungsprozess regelmäßig beteiligt. Somit ist der Plan das Ergebnis einer politischen Willensbildung. „Uns war wichtig, dass wir als Verbandsgemeinde versuchen, möglichst alle Interessen und Wünsche der Ortsgemeinden in dem Plan abzubilden“, sagt Fassott. Da es im Verfahren Zustimmung für die Wünsche der anderen brauchte, habe der Prozess das Zusammenwachsen der Verbandsgemeinde gefördert, fügt der Bürgermeister hinzu.

In den Flächennutzungsplan können die Verbandsgemeinde und die Ortsgemeinden aber nicht einfach



Hausbau: Der Flächennutzungsplan ist Grundlage für Bebauungspläne für Neubaugebiete.

FOTO: DPA

eintragen, wo sie sich ein neues Baugebiet oder Gewerbegebiet wünschen. Sie müssen sich am Einheitlichen Regionalplan orientieren. Dieser übergeordnete Plan gilt für die Metropolregion Rhein-Neckar und entsteht ebenfalls in einem langen Abstimmungs- und Beteiligungsprozess. Der Verband gibt zum Beispiel vor, wie groß eine Gemeinde ein Neubaugebiet planen darf oder wo Grünzüge erhalten bleiben müssen sowie

Ausgleichsflächen und Biotop entstehen können.

Plan gilt 15 bis 20 Jahre

Anhand dieser Vorgaben und den Vorstellungen der Ortsgemeinden entstand der Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde, den die Kreisverwaltung vor Kurzem genehmigt hat. Nach Angaben von Rhein-

ausens Bauamtsleiter Frank Juchem, der das Projekt von Anfang an betreut hat, gilt der FNP für die kommenden 15 bis 20 Jahre. Der nächste Schritt sei nun, dass die Ortsgemeinden und die Verwaltung mithilfe von Planungsbüros Bebauungspläne für angedachte Neubaugebiete erstellen.

In Neuhofen ist es das Gebiet „Birkenhorst-Kupfernagel“, das in Richtung Norden erweitert werden soll. Dadurch könnte auch eine innerörtliche Verbindungsstraße entstehen. In

Waldsee soll die Umgehungsstraße im Nordwesten verwirklicht werden, wodurch zwischen der Straße und der vorhandenen Bebauung ein Neubaugebiet verwirklicht werden könnte. In Otterstadt ist eins an der Römerstraße am Friedhof vorgesehen. In Altrip sollen „Am Horren“ neue Häuser gebaut werden dürfen, und das Gebiet „Junkergewanne“ soll erweitert werden. Außerdem ist in Waldsee ein zusätzliches Gewerbegebiet und bei Otterstadt die Entwicklung des Kurpfalz-Kasernengeländes angedacht.

Bis Bagger rollen, wird aber noch einige Zeit vergehen. Angesichts des Flächenverbrauchs wirbt Juchem dafür, Neubaugebiete nach Bedarf beziehungsweise in mehreren Stufen zu entwickeln. Zudem müssen sich die Kommunalpolitiker in den Gemeinden Gedanken machen, wie die Neubaugebiete aussehen sollen. Der Bauamtsleiter nennt als Beispiel Fragen, die in Ausschüssen und Gemeinderäten beantwortet werden müssen: Wer erschließt das Gebiet – die Gemeinde oder ein Erschließungsträger? Ist ein Smart-City-Konzept mit erneuerbaren Energien erwünscht? Sollen in dem Neubaugebiet Ein- oder Mehrfamilienhäuser gebaut werden? Wo sollen Bäume gepflanzt werden, wo Straßen entstehen?

Es wird deutlich: Es gibt weiter viel Abstimmungsbedarf, bis gebaut werden kann. Der Prozess beginnt aber schon in diesem Monat. Laut Juchem stellen sich erste Planungsbüros in den politischen Gremien vor. Sie sollen mit den Kommunalpolitikern anhand der oben genannten Fragen und Wünschen ein Konzept erarbeiten. Juchem rechnet damit, dass ein solches bis Mitte kommenden Jahres fertig sein könnte. Im nächsten Schritt werde das Konzept in einen Bebauungsplan umgesetzt, sagt der Bauamtsleiter. Er schätzt, dass für den Bebauungsplan ein Jahr benötigt wird. Danach kann die Entwicklung in den Gemeinden sichtbar starten.

KREISNOTIZEN

Not-OP: Nach Angriff zwei Schwerverletzte

RÖDERSHEIM-GRONAU. Schwerverletzt wurde am Sonntagabend gegen 21.40 Uhr ein 29-Jähriger in Rödersheim-Gronau, nachdem er in der Gönzheimer Straße von dem 52-jährigen Ex-Mann seiner Lebensgefährtin angegriffen wurde. Wie die Polizei berichtet, konnte der 29-Jährige nach Hause flüchten und die Polizei verständigen. Die Beamten fahndeten nach dem 52-Jährigen und konnten ihn in Friedelsheim vorläufig festnehmen. Beide wurden in ein Krankenhaus gebracht und mussten notoperiert werden. Bei beiden besteht nach derzeitiger Kenntnis keine Lebensgefahr. Die Polizei Schifferstadt hat die Ermittlungen zu den Hintergründen, dem Motiv und den Umständen der Tat aufgenommen. Wer am Sonntagabend zwischen 21.30 Uhr und 21.45 Uhr in der Gönzheimer Straße in Rödersheim-Gronau etwas beobachtet hat, soll sich bei der Polizeiinspektion Schifferstadt, Telefon 06235 4950, E-Mail pischifferstadt@polizei.rlp.de, melden. |doo

Polizei sucht beschädigtes Auto

LIMBURGERHOF. Die Polizei sucht ein beschädigtes Auto, das ein 69-jähriger Pkw-Fahrer am Sonntag mit dem rechten Außenspiegel seines Fahrzeuges touchiert hat. Laut Polizeibericht fuhr der 69-Jährige gegen 16.50 Uhr aus Waldsee die Speyerer Straße in Richtung Ortsteil Rehütte. In Höhe der Hausnummer 47 streifte der Fahrer mit dem rechten Außenspiegel seines Autos den linken Seitenspiegel eines dort geparkten Fahrzeugs. Als die Beamten später an der Unfallstelle eintrafen, stand der vermutlich beschädigte Pkw nicht mehr dort. Nun wird der Eigentümer oder Fahrzeughalter dieses Autos gesucht. Dieser soll sich bei der Polizeiinspektion Schifferstadt telefonisch unter 06235 4950 oder per E-Mail an pischifferstadt@polizei.rlp.de melden. |doo

Vortrag: Depression im Alter erkennen und behandeln

HOCHDORF-ASSENHEIM. Mit dem Thema „Depression im Alter“ befasst sich der Vortrag des Pflegestützpunkts Böhl-Iggelheim und der Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim am Mittwoch, 15. November. Altersdepression bleibe häufig unbemerkt und könne sich auch hinter anderen Diagnosen „verstecken“, ist in der Ankündigung zu lesen. Die Referenten Manfred Krüger und Elke Pohlmann vom Pflegestützpunkt werden darum in ihrem Vortrag verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit Altersdepression beleuchten, kündigt der Veranstalter an. Dabei sollen nicht nur die Merkmale und Risikofaktoren im Mittelpunkt stehen, sondern auch die verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten. Besonders wichtig sei die Unterscheidung zwischen Depression, Demenz und normalen Alterserscheinungen. Zudem sollen der Umgang mit Suizidgedanken und -äußerungen thematisiert sowie lokale Hilfen und Möglichkeiten aufgezeigt werden. Außerdem sollen Auszüge aus einem Vortrag von Professor Ulrich Hegerl, einem Experten der Deutschen Depressionshilfe, zusätzliche Einblicke in das Thema bieten. Anschließend besteht die Möglichkeit für Fragen und zum Austausch. Die kostenlose Veranstaltung findet im Pflegestützpunkt Hochdorf, Böhlstraße 7, in Hochdorf statt und beginnt um 18 Uhr. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 06231 9394741 und 06231 9394742. |doo

Ärger über Bürokratieauswüchse

Gemeinde Maxdorf plant Fotovoltaikanlage auf Kita Löwenherz – Förderrichtlinien des Landes sorgen im Rat für Unverständnis

VON ANNEGRET RIES

MAXDORF. Sauer waren der Maxdorfer Bürgermeister Werner Baumann (CDU) und der Beigeordnete Bernd Lupberger (CDU) bei der jüngsten Gemeinderatssitzung auf das rheinland-pfälzische Umweltministerium. Anlass war das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (Kipki) des Ministeriums. Vor lauter Ärger gab es eine Abstimmung, die laut Gemeindeordnung nicht zulässig ist.

Aus dem Kipki-Programm bekommen die Gemeinden Geld, das zum Teil zur Förderung des Klimaschutzes und zum Teil für Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels ausgegeben werden muss. Die Mitglieder des Maxdorfer Gemeinderats hatten vor einiger Zeit entschieden, dass die etwa 90.000 Euro, die Maxdorf zustehen, für eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Kindertagesstätte Löwenherz ausgegeben werden sollen.

Wenn man Geld bekommt, ist das meistens kein Grund sauer zu sein.

Baumann und Lupberger sind auch nicht darüber sauer, sondern über eine Vorgabe, die das Programm enthält. Wenn mit der Solaranlage mehr Strom produziert wird, als Löwenherz benötigt und dieser Strom anderweitig verwendet oder in das Stromnetz eingespeist wird, dann bekommt die Gemeinde nur 45 Prozent der 90.000 Euro, erklärten Baumann und Lupberger den Grund ihres massiven Ärgers. Denn dann werde die Gemeinde nach Auslegung des Umweltministeriums zu einem Unternehmer. Das sei sogar dann der Fall, wenn die Gemeinde den überschüssigen Strom für eine andere kommunale Einrichtung verwendet oder verschenkt.

„Das ist hirnrissig und absolut unsinnig im Hinblick auf Klimaschutz“, machte Lupberger seinem Ärger Luft. Nach Angaben von Baumann ist es nicht einmal zulässig, den Strom über das Jahr zu verrechnen, also Strom in das Netz einzuspeisen, wenn im Sommer viel produziert und eher wenig benötigt wird und dafür zum Ausgleich im Winter – wenn wenig Solarstrom erzeugt und viel Strom benö-



Auf das Dach der Kita Löwenherz soll eine Fotovoltaikanlage kommen. Zu viel Strom darf sie offenbar allerdings nicht produzieren, sonst gehen der Gemeinde Maxdorf Fördergelder flöten.

FOTO: KUNZ

tigt wird – aus dem Netz kostenlosen Strom zu bekommen. „Da kann man vom Glauben abfallen“, haderte Baumann.

Nach Angaben von Lupberger ist auf dem Dach der Kindertagesstätte viel Platz für Sonnenkollektoren. Zwar solle ein Stromspeicher instal-

liert werden, trotzdem sei im Sommer eine Überproduktion zu erwarten. Wenn die Gemeinde die gesamte Kipki-Förderung bekommen wolle, bleibe nichts anderes übrig, als die Stromproduktion sofort zu drosseln, wenn ein Überschuss droht. Das sei technisch einfach machbar, aber an-

gesichts dessen, dass möglichst viel Strom aus regenerativen Energien erzeugt werden soll, vollkommen unsinnig.

„Das sind Vorschriften von Bürokraten, die keine Ahnung haben“, sagte Alfons Wiebelskircher (SPD). „Die Vorschrift ist Quatsch, aber das wird sich ändern. Doch Bürokraten brauchen Zeit“, meinte Bernd Kraft (SPD).

Der Beigeordnete Max Nils (SPD) machte den Vorschlag, auf der Kita Löwenherz eine kleinere Fotovoltaikanlage zu bauen, und mit dem Geld, das übrig ist, eine Fotovoltaikanlage auf die Haidwaldschule zu installieren. Lupberger gab zu bedenken, dass zwei kleine Anlagen deutlich teurer seien als eine große Anlage.

Die Diskussion war Teil des Tagesordnungspunkts Mittelungen und Anfragen. Da sind laut Gemeindeordnung Abstimmungen nicht zulässig. Die sind nur zulässig zu Themen, die als eigener Punkt auf der Tagesordnung stehen. Trotzdem wurde im Maxdorfer Gemeinderat abgestimmt. Die Ratsmitglieder votierten einstimmig dafür, dass der Vorschlag von Nils Max geprüft werden soll.

„Ich wünsche mir mehr Rödersheim in Deutschland“

Ehemaliger Ministerpräsident Bernhard Vogel zum 85. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 zu Gast beim TV Rödersheim

VON ANDREA CLEMENS

RÖDERSHEIM-GRONAU. Dass ein relativ kleiner Turnverein wie der TV Rödersheim zum 85. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 zu einer solch umfangreichen Gedenkveranstaltung einlädt, ist beachtlich. Und es hat Bernhard Vogel (CDU), ehemaliger Ministerpräsident und Israel-Kenner, beeindruckt. Er folgte der Einladung nur allzu gern.

Bereits im vergangenen Jahr hat der TV am Rödersheimer Friedhof eine Stele aufgestellt, mit der den aus Rödersheim stammenden und von den Nationalsozialisten verfolgten Juden gedacht werden soll. Zur Gedenkveranstaltung in der vollbesetzten Aussegnungshalle am Sonntag, die Norbert Amberger vom TV moderierte, sprach Bernhard Vogel (CDU), einst Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen.

Er ist ein ausgewiesener Kenner Israels, das er seit dessen Staatsgrün-

dung durch Ben Gurion 1948 sehr oft besucht habe. „Die Gründung ist auch das Resultat der Verfolgung und Vernichtung zur Zeit des Nationalsozialismus, weshalb wir aus der Geschichte heraus eine besondere Verantwortung für Israel tragen“, sagte Bernhard Vogel im Gespräch und bekannte: „Die Existenz des Staates Israel ist für uns Staatsräson.“ Die aktuellen Demonstrationen gegen Israel seien ein Ärgernis. Man müsse derzeit fest an der Seite Israels stehen. „Allerdings muss es auch möglich sein, an der aktuellen Regierung Israels Kritik zu üben“, stellte Bernhard Vogel klar. Er plädiert zur Entschärfung des Konflikts im Nahen Osten für eine Zwei-Staaten-Lösung mit einem Staat Israel und einem Staat Palästina.

Bernhard Vogel lobte die Rödersheimer Gedenkveranstaltung. „Es ist außerordentlich, dass ein Verein in einem Pfälzer Dorf so eine Veranstaltung durchführt. Ich wünsche mir mehr Rödersheim in Deutschland“, sagte der 90-Jährige. Er betonte, wie



Bernhard Vogel ist ein Israel-Kenner-Kenner.

FOTO: ACL

wichtig die Erinnerung an den November 1938 sei. Die Reichspogromnacht sei für ihn ein Modell für den Schritt von der Diskriminierung über die Verfolgung bis hin zur Vernich-

tung der Juden. „Die junge Generation muss wissen, was damals geschah, sich, damit das, was damals geschah, sich niemals wiederholen kann.“ Er appellierte an die jungen Menschen,

sich für die durch das Grundgesetz gesetzte Demokratie einzusetzen, „damit auch Kinder und Enkel noch in einer Demokratie und einem freiheitlichen Staat leben können“.

Auch Ortsbürgermeister Thomas Angel (FWG), Bürgermeister Stefan Veth (CDU) und Landrat Clemens Körner (CDU) kamen zu Wort: Der Landrat erinnerte an die Auswirkungen der Reichspogromnacht im Rhein-Pfalz-Kreis, als die Synagogen in Böhl, Mutterstadt und Schifferstadt zerstört wurden. Eindrücklich wurde das Leid der Juden vor 85 Jahren noch einmal in den Vorträgen von Ida Lütjhe, Elias und Chiara Weber, drei junge TV-Mitglieder, beschrieben. Sie lasen zwei Zeitzeugenberichte sowie einen Brief einer Gurs-Überlebenden vor. Der Initiator der Veranstaltung, Wolfgang Etmüller, stellte mit Flora Strauss (geborene Heim) und Karolina Scholl (geborene Reiss) zwei Schicksale von in Rödersheim geborenen Juden vor, deren Namen er bei Forschungen jetzt erst entdeckte.

Bewegend war auch das Gebet zum Gedenken an die Opfer des Holocausts, das von Jaroslav Nechitajlo von der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz (JKGRP) auf Hebräisch und von Eberhard Dittus von der Evangelischen Kirche der Pfalz auf Deutsch vorgetragen wurde. Sie schlossen auch die jüngsten Opfer der Gewalt in Israel mit ins Gebet ein. Pfarrer Michael Hergl von der Pfarrei Heiliger Sebastian und Pfarrer Tobias Laun von den protestantischen Kirchengemeinden Dannstadt/Hochdorf-Assenheim sprachen ein Segensgebet. Die Ukrainerin Vullia Fesenko sang in ihrer Landessprache das Lied „Gebet zu Gott“ – für das Leid der Verfolgten Juden vor 85 Jahren und der Menschen heute in Israel und der Ukraine. Weitere Musikstücke trugen das Instrumental- und Vokalensemble unter Leitung von Rudi Scholl, Hyewon Lee-Scholl am Violoncello sowie der Chor der JKGRP unter der Leitung von Inna Vashinskaja vor.